

# 1 Die Jugendlichen als Verlierer

Jugendarbeitslosigkeit, Jugendliche ohne Berufsausbildung und ohne Schulabschluss sind ein thematischer Dauerbrenner bildungspolitischer Auseinandersetzungen. Um so mehr überrascht, dass diese gesellschaftlichen Probleme in den letzten Jahrzehnten sogar an Brisanz gewonnen haben. Schon 1976 wies der damalige Bundespräsident Walter Scheel mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit daraufhin, dass es „In unserem Land [...] keine Generation der Verlorenen, keine Generation der Überzähligen und kein Heer der Hoffnungslosen geben [darf].“<sup>1</sup> Dreißig Jahre später, im September 2006, stellte der jetzige Bundespräsident Horst Köhler anlässlich seiner Rede „Bildung für alle“ in einer Berliner Schule fest: „Im vergangenen Jahr erreichten in Deutschland 80.000 Jungen und Mädchen keinen Schulabschluss. Es fehlen Ausbildungsplätze – in diesem Herbst wahrscheinlich 30.000. Klingt Ihnen das zu abstrakt? Dann nehmen Sie das Beispiel dieser Schule, der Kepler-Oberschule in Berlin-Neukölln: Am 4. Juli haben hier 51 Schüler ihr Abschlusszeugnis bekommen. Nur einer von ihnen – ich wiederhole: EINER – hatte zu diesem Zeitpunkt eine Lehrstelle gefunden. [...] Wir hören von Schulen, in denen Gleichgültigkeit, Disziplinlosigkeit, ja Gewalt den Alltag bestimmen. Auch dadurch verliert unser Land intellektuell und sozial jedes Jahr einen Teil seiner jungen Generation.“<sup>2</sup> Es ist schon verblüffend, wie in diesen und vielen weiteren Reden und Berichterstattungen, heute wie damals, in das gleiche Horn geblasen wird: Dringend müsse etwas für die Jugend getan werden, denn eine Gesellschaft könne es sich schon in ihrem eigenen Interesse nicht erlauben, Jugendliche als Verlierer in die Arbeitswelt zu entlassen.

## 1.1 Bildungspolitischer Anspruch – gesellschaftliche Wirklichkeit

Diesem bildungspolitischen Anspruch, Jugendliche nicht zu verlieren, steht jedoch das Unvermögen der Gesellschaft gegenüber, diesen Anspruch zu realisieren. Nach wie vor ist jedes Jahr eine sehr hohe Zahl von Jugendlichen arbeitslos, ohne Berufsausbildung und ohne Schulabschluss. Zu einem sprunghaften Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit kam es im Jahr 1975. Im September 1975 waren insgesamt etwa 290.000 Jugendliche als arbeitslos registriert, davon rund 116.000 unter 20 Jahren und 172.000 zwischen 20 und 25 Jahren (vgl. Schober 1977, 175). In den letzten Jahren liegt die

---

<sup>1</sup> Walter Scheel am 2. Juni 1976, zitiert in DIE ZEIT Nr. 25, 11.06.1976: Jugend in Not. Schulangst und Existenzsorgen bedrohen eine Generation (nachzulesen in Matthiesen 1977, 64).

<sup>2</sup> Horst Köhler, „Berliner Rede“ vom 21.09.2006: Bildung für alle. Verfügbar im Internet unter: [www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de) (Stand Okt. 2006).

Zahl der arbeitslos gemeldeten jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren auf höherem Niveau. Im Jahr 2005 waren es sogar 618.868, 2006 wiederum 522.804 und 2007 „nur“ 404.911 Jugendliche (vgl. Statistisches Bundesamt 2008, 94). Allerdings entsprechen diese Zahlen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten, denn sie klammern die Jugendlichen in den berufsvorbereitenden Maßnahmen aus. Würden sie dazu gerechnet, wäre die Zahl der Jugendlichen ohne Arbeit etwa doppelt so hoch. Aus diesem Grund fällt die Jugendarbeitslosenquote Deutschlands im statistischen Vergleich mit anderen europäischen Ländern besser aus (vgl. Allmendinger/ Eichhort/ Walwei 2005, 20).

Der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ist ein (bildungs)politisches Ziel. Es wird angenommen, dieses Ziel könne durch die Strategie eine „Ausbildung für alle“ erreicht werden. Ein Grundsatz der bereits in den 1970er Jahren formuliert wurde (vgl. Koch 2000, 23) und der bis heute als bildungspolitischer Anspruch fortlebt. Dieser folgt der Überzeugung, dass Personen ohne Berufsausbildung wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Personen mit abgeschlossener beruflicher Ausbildung. Die Arbeitslosenquote der Personen ohne Ausbildung in den alten Bundesländern mit Berlin-West lag 1975 noch bei 6,1% (siehe im Folgenden Tabelle 1). Im Vergleich dazu lag diese Quote in Gesamtdeutschland 2004 schon bei 21,7%. Allerdings stieg im gleichen Zeitraum auch die Arbeitslosenquote der Personen mit beruflicher Ausbildung. Im Jahr 1975 lag sie noch bei 2,7% und 2004 bereits bei 7,3%. Nichtsdestotrotz waren im gesamten Zeitraum Personen mit beruflicher Ausbildung in erheblich geringerem Umfang von Arbeitslosigkeit betroffen als Personen ohne Ausbildung.

**Tabelle 1: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquote (in %)**

Arbeitslosenquote	Insgesamt	davon		
Jahr		mit Hochschulausbil- dung	mit abge- schlossener beruf- licher Ausbildung	ohne Ausbildung
In den alten Bundesländern mit Berlin-West				
1975	3,9	1,7	2,7	6,1
2004	9,2	3,5	7,3	21,7
Deutschland				
2004	11,2	4,0	9,9	24,6

Quelle: Allmendinger/ Eichhort/ Walwei 2005, 236

Die Strategie „Ausbildung für alle“ konnte jedoch nicht wie gewünscht umgesetzt werden. Nach wie vor bleiben sehr viele Jugendliche ohne Berufsausbildung. Bereits in den 1930er Jahren bildeten diese Jugendlichen keine Randgruppe, sondern „mach-

ten ein Drittel der nachwachsenden Generation aus; in den 50er Jahren waren sie noch ein Viertel, 1960 etwa 20% und 1970 etwa 12% der entsprechenden Jahrgänge. Die Bund-Länder-Kommission hielt es 1973 noch für möglich, die Zahl auf 2 bis 3% eines Altersjahrgangs zu senken“ (Bojanowski/ Eckardt/ Ratschinski 2005, 13). Indessen ermittelte die EMNID-Studie „Daten und Fakten über Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung“ Anfang der 1990er Jahre, dass rund 14% junge Menschen in jedem Altersjahrgang ohne Ausbildung bleiben (vgl. BMBF 2005, 7). Eine weitere Untersuchung vom Jahr 1998 des Bundesinstituts für Berufsbildung in Zusammenarbeit mit EMNID brachte keine wesentliche Änderung: „In der untersuchten Stichprobe hatte zum Zeitpunkt der Befragung mit rund zwölf Prozent etwa jeder achte Jugendliche im Alter zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss. [...] Hochgerechnet waren damit in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1998 etwa 1,33 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 20 und 29 Jahren ohne Ausbildung“ (Troltsch 2001, 19). An dieser hohen Zahl hat sich auch im 21. Jahrhundert nichts geändert: nach einer Auswertung des Mikrozensus im Jahr 2003 waren rund 1,36 Millionen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren in Deutschland ohne Ausbildung (vgl. BMBF 2005a, 95).

Vor allem Jugendliche ohne Schulabschluss haben Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden. Sie sind, trotz anders lautender bildungspolitischen Absichten, nicht verschwunden. So verließen zu Beginn der 1970er Jahre etwa 20% der Jugendlichen in den alten Bundesländern die Schule ohne Abschluss. Dieser Wert konnte auf 7% gesenkt werden, um ab Mitte der 1980er Jahre wieder anzusteigen. Knapp 10% der Jugendlichen verließen in den 1990er Jahren die Schule ohne Abschluss (vgl. Rademacker 1999, 14). Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 88) schreibt, dass im „Jahr 2006 [...] rund 76.000 Schülerinnen und Schüler, d.h. 8% der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 17 Jahre, die Schule verlassen [haben], ohne zumindest über den Hauptschulabschluss zu verfügen. [...] Die Zahl dieser Jugendlichen bewegt sich seit Jahren in vergleichbarer Größenordnung.“

Insgesamt ist festzustellen, dass es nicht gelungen ist, die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen und derer ohne Ausbildung gravierend zu reduzieren. Enggruber, Euler, Gidion u.a. (2004, 9) schreiben: „Auf der bildungspolitischen Agenda befindet sich seit Jahren ein Problem, das hartnäckig die zahlreichen Versuche seiner Lösung überlebt hat. Es handelt sich um das Faktum, dass es einer bedeutsamen Gruppe von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen nicht gelingt, den Eintritt in eine Berufsausbildung bzw. eine dauerhafte Erwerbsarbeit zu finden.“ Braun weist darauf hin, dass die Diskussion über die Wirksamkeit vorhandener Programme und Instrumente der Be-

nachteiligtenförderung zunimmt (vgl. 2002, 761). Des Weiteren macht das Konsortium der Bildungsberichterstattung (2006, 179) in seinem ersten nationalen Bildungsbericht darauf aufmerksam, dass verlässliche Daten fehlen, die Auskunft darüber geben, welche Art von Förderung bei welchen Personen welche Wirkung entfaltet. Inzwischen ist das bildungspolitische Chaos perfekt: Niemand kann mehr in Gänze nachvollziehen, wer, wo, wie, wen, wie lange, mit welchem pädagogischen Konzept und mit welchen konkreten Zielen in den verschiedenen Bundesländern in Deutschland fördert. Noch weniger ist nachzuvollziehen, was aus den Geförderten im Anschluss eigentlich geworden ist.

Das Votum der Gruppe der Beauftragten der Länder stellt zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2007 (BMBF 2007, 29f.) fest: „Leider fehlt einem großen Teil der staatlich finanzierten Maßnahmen die betriebliche Anerkennung, was geringere Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt zur Folge hat. Es sind Wege zu finden, um mit der Wirtschaft bei der Ausbildung Benachteiligter besser als bisher zu kooperieren.“ Bereits zum 01.01.2003 wurde zur Verbesserung der Kooperation die Berufsausbildungsvorbereitung in das Berufsbildungsgesetz integriert. Politik und Wirtschaft beschlossen zudem im Jahr 2004 den Nationalen Ausbildungspakt. Ferner bietet die Politik nach endlosen Diskussionen über eine Ausbildungsplatzabgabe den Betrieben nun einen Ausbildungsbonus an. Die Betriebe können weiterhin ausbildungsbegleitende Hilfen beantragen.

Außerdem wurden die Einführung und der Ausbau zweijähriger Ausbildungsberufe vorangetrieben. In diesem Kontext hatten zwei betriebliche Förderprojekte den zweijährigen Beruf des Teilezurichters in ihr Förderkonzept eingebaut, um benachteiligten Jugendlichen eine reguläre duale Berufsausbildung zu ermöglichen. Diese beiden Förderprojekte bildeten den Anstoß für diese wissenschaftliche Arbeit.

## **1.2 Ziele und Aufbau dieser Arbeit**

Für die Berufspädagogik sind Jugendliche, denen der Einstieg ins Ausbildungssystem misslingt und die später außerhalb des Erwerbslebens, der organisierten Arbeit stehen, vergleichsweise noch zu selten Gegenstand der Forschung (siehe auch Bojanowski 2006, 341). Diese Arbeit möchte dazu beitragen, für die Lage und Belange der so genannten benachteiligten Jugendlichen zu sensibilisieren. Als „benachteiligt“ gelten

i.d.R. Jugendliche, denen es aufgrund von individuellen<sup>3</sup> und sozialen<sup>4</sup> Gründen nicht gelingt, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden und eine Berufsausbildung ohne Unterstützung erfolgreich zu durchlaufen.<sup>5</sup> Zudem bezeichnet man Jugendliche als benachteiligt, die aus marktbedingten Gründen keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten haben. Benachteiligung kann demnach entweder die Ursache für Ausbildungslosigkeit sein oder die Folge derselben.

Walther (2002, 97) spricht in diesem Zusammenhang von zwei idealtypischen Deutungsmustern des Benachteiligtenbegriffs. Einmal werde der Begriff im Sinne einer individualisierenden, ein anderes Mal einer strukturbezogenen Deutung verwendet.<sup>6</sup> Die strukturbezogene Deutung verstehe Benachteiligung als Folge von Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit (benachteiligt im Sinne von Armut, fehlendem Status oder sozialer Identität etc.). Die individualisierende Deutung sieht Benachteiligung hingegen als Ursache von Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit, weil die notwendigen individuellen Fähigkeiten fehlen (wenn auch nicht im Sinne individueller Verantwortung). Bei der individualisierenden Deutung ist Benachteiligung also Ursache und bei der strukturbezogenen dagegen Wirkung von Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit. Insofern, wie Walther (2002, 95) feststellt, ist der Benachteiligtenbegriff widersprüchlich. Denn einerseits räume er die Möglichkeit gesellschaftlicher Ursachen von Benachteiligungen und deswegen ein Recht auf Unterstützung ein. Andererseits würde die scheiternde Arbeitsmarktintegration individuellen Defiziten zugeschrieben.<sup>7</sup>

---

<sup>3</sup> Individuelle Faktoren liegen in der Person und ihren Verhaltensweisen: „Lernschwierigkeiten, Wissens- und Sprachdefizite, Verhaltensprobleme, Drogenkonsum, mangelnde Akzeptanz betrieblicher Regeln, Schwierigkeiten, sich an einen kontinuierlichen Ausbildungsablauf zu gewöhnen, Passivität, aggressives Verhalten, Motivationsprobleme, mangelndes Selbstvertrauen, Versagensängste etc. Weitere Merkmale sind chronische Krankheiten, Unfallfolgen, Familienkonflikte, Brüche im Lebenslauf“ (Biermann, Rützel 1991, 414f.).

<sup>4</sup> Soziale Faktoren wie „Geschlecht (Frauen), Nationalität (Ausländer) oder Schichtzugehörigkeit (Arbeiterkinder)“ gehen mit überproportionalen Vermittlungsrisiken einher (Biermann/ Rützel 1991, 414). Weitere Faktoren, die in Verbindung mit den anderen einen beträchtlichen Einfluss haben können, sind nach Brüning (2002, 17): soziale Beziehungen, Religionszugehörigkeit, regionale Zugehörigkeit (Stadt, Land).

<sup>5</sup> Auf die spezifische Gruppe der Behinderten als Benachteiligte wird in dieser Arbeit nicht eingegangen.

<sup>6</sup> Zur Diskussion struktureller versus individueller Benachteiligung siehe auch Bohlinger, Schröter (2004, 42f.).

<sup>7</sup> Ergänzende Anmerkung: Der Benachteiligtenbegriff besitzt darüber hinaus eine juristisch-förderrechtliche Bedeutung. Zum einen wird er genutzt, damit die jeweiligen Institutionen auf Geldmittel aus den verschiedenen Fördertöpfen zugreifen können. Zum anderen müssen die Jugendlichen gewissermaßen einen Benachteiligtenstatus vorweisen, um eine Förderung zu beanspruchen.

Diese Arbeit richtet ihre Aufmerksamkeit auf die Lösungsstrategien, ohne sich zu stark auf die Analyse struktureller oder individueller Ursachen von Benachteiligung zu verengen. Stattdessen ist der Schwerpunkt, die Handlungsebene, d.h., wie benachteiligte Jugendliche gefördert werden (können). Ziel dieser Arbeit ist, die Möglichkeiten und Grenzen einer betrieblichen Berufsausbildung zur Förderung von benachteiligten Jugendlichen zu erkunden. Am Beispiel zweier Förderprojekte aus Baden-Württemberg wird gefragt, welche Möglichkeiten bestehen, Betriebe zu gewinnen, um benachteiligte Jugendliche theoretisch und praktisch auszubilden und zusätzlich (durch einen Bildungsträger) begleitend zu fördern. Die Untersuchung dieser beiden Förderprojekte bietet die Chance, einen Blick hinter die Kulissen offizieller Bekundungen, Annahmen und Absichtserklärungen auf den Projekt- und Ausbildungsalltag zu werfen und mit den Betroffenen, den Jugendlichen, den Ausbildern und sozialpädagogischen Begleiterinnen<sup>8</sup> zu sprechen. Es geht hier nicht um eine Evaluation dieser Projekte. Die Projekte sollen vielmehr dazu dienen, typische Handlungs- und Wahrnehmungsmuster aufzudecken.

Kapitel zwei stellt zunächst die beiden Förderprojekte PIA<sup>9</sup> und Tplus vor, mit Hilfe derer benachteiligte Jugendliche eine duale Berufsausbildung in der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg absolvierten. Die letzten Teilnehmer beendeten ihre Ausbildung im Jahre 2007. Das Gemeinsame an diesen Projekten war: Beide berücksichtigten in ihrer Konzeption den zweijährigen Beruf des Teilezurichters. Der Unterschied lag in der Strategie:

In PIA absolvierten die Jugendlichen eine dreieinhalbjährige Ausbildung, zumeist zum Industriemechaniker. Im Notfall bestand für sie die Option, vorher mit dem zweijährigen Berufsabschluss Teilezurichter „auszusteigen“. Das Projekt Tplus ging den umgekehrten Weg. Die Jugendlichen absolvierten erst die zweijährige Ausbildung zum Teilezurichter und konnten dann, bei entsprechenden Leistungen, in die dreieinhalbjährige Ausbildung zum Industriemechaniker „aufsteigen“.

Im Anschluss an die Beschreibung der Projekte wird das Forschungsdesign bzw. die methodische Vorgehensweise vorgestellt und begründet. Dabei werden die untersuchungsleitenden Fragen, die Datenerhebung mittels qualitativer Interviews und die Auswertung der Daten dargelegt. In einem nächsten Schritt werden die Projektteil-

---

<sup>8</sup> Um das Problem weiblicher und männlicher Formen zu umgehen, wird im Text mal die eine, mal die andere Form verwendet. Die jeweils gewählte Form schließt selbstverständlich die komplementäre mit ein.

<sup>9</sup> „Projekt zur Integration benachteiligter Jugendlicher in den ersten Ausbildungsstellenmarkt“.

nehmer, d.h. die Betriebe und die Jugendlichen, näher beschrieben. Dadurch werden Ausgangs- und Rahmenbedingungen der Projekte deutlich gemacht.

Kapitel drei präsentiert die wesentlichen Ergebnisse der Studie und ist in drei Unterkapitel aufgeteilt. Das erste Unterkapitel geht auf die so genannte erste Schwelle ein, den Übergang von Schule in Ausbildung. Es befasst sich mit der Bereitschaft der Betriebe, Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche zur Verfügung zu stellen, und mit günstigen und ungünstigen Rahmenbedingungen für betriebliche Förderprojekte. Darüber hinaus beschäftigt es sich mit den Entscheidungsprozessen der Betriebe bei der Einstellung von Auszubildenden und mit den dabei zugrunde liegenden Auswahlkriterien und Anforderungen. Ferner beleuchtet es den Werdegang der Jugendlichen vor der Ausbildung im Förderprojekt. Aspekte sind hierbei die bisherige Schulzeit, ihre Berufswahl und ihre Bemühungen, einen Ausbildungsplatz zu finden. Das zweite Unterkapitel widmet sich der Situation der Jugendlichen in der dualen Ausbildung. Es beschreibt hemmende sowie fördernde Bedingungen beim Durchlaufen der Ausbildung. Dabei wird unterschieden zwischen den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule. Eingegangen wird auf die notwendige Unterstützung und die verschiedenen begleitenden Fördermaßnahmen. Ferner wird die Akzeptanz und die Umsetzung der Konzepte „Ausstieg“ und „Aufstieg“ dargelegt. Das dritte Unterkapitel fasst die Ergebnisse der qualitativen Studie nochmals zusammen und wird zum Teil durch weitere Studienergebnisse ergänzt.

Von der Handlungsebene wechseln wir in Kapitel 4 auf die strukturelle Ebene. Zur Darstellung der strukturellen Ebene werden sekundärempirische Erhebungen herangezogen. Die bisherigen Forschungsergebnisse sollen nicht isoliert, sondern im bundesweiten Kontext der beruflichen Benachteiligtenförderung bewertet werden. Dazu werden die quantitativen Entwicklungen des Ausbildungsstellenmarktes der letzten etwa dreißig Jahre näher betrachtet. Dies entspricht in etwa auch der Zeitspanne seit Beginn der Benachteiligtenförderung. Im Weiteren werden die verschiedenen Strategien der Benachteiligtenförderung, ihre Funktion und ihre Folgen auf die allgemeinen Strukturen unseres (Aus-)Bildungssystem dargestellt. Es folgen ein Überblick über die bundesweit etablierten berufsausbildungsvorbereitenden Maßnahmen und Studien zu Ausbildungshemmnissen bzw. möglichen Ansätzen zur Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft von Betrieben. Im Zusammenhang mit den hier untersuchten Förderprojekten wird speziell der Einsatz der zweijährigen Berufe näher untersucht. Darüber hinaus werden mögliche Ausbildungsalternativen zum Dualen System erläutert.

Kapitel fünf fasst die Ergebnisse der vorausgegangenen Kapitel neu zusammen und beschreibt sie unter systemtheoretischer Perspektive. Der systemtheoretische Ansatz dient zur Erklärung spezifischer Zusammenhänge, die zum Gelingen bzw. Misslingen der Benachteiligtenförderung, insbesondere der betrieblichen Berufsausbildung zur Förderung benachteiligter Jugendlicher, beitragen. Abschließend wird erörtert, welche Konsequenzen notwendig wären, um die Lage der Jugendlichen nachhaltig zu verbessern.